

Niederschrift

über die 28. öffentliche Sitzung der **Gemeindevertretung** der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Mittwoch, dem **12. Dezember 2007**, um 19.00 Uhr im Krankenhaus Oberndorf stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger
2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 26. September 2007
3. Berichte des Bürgermeisters
4. Jahresvoranschlag 2008
5. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG – Jahresvoranschlag 2008
6. Haushaltsbeschluss 2008
7. Stellenplan 2008
 - a) Stellenplan allgemein
 - b) Stellenplan Seniorenwohnhäuser
 - c) Stellenplan Krankenhaus
8. Mittelfristiger Finanzplan
9. Nebengebühren- und Zulagenkatalog
10. Krankenhaus – Verlängerung Betriebsvereinbarung Spitalsärzte
11. Abfallentsorgungshof
 - a) Vergabe Transport- u. Entsorgungsleistungen
 - b) Grundankauf Abfallentsorgungshof neu
12. Änderung Abfuhrordnung
13. Änderung Vertrag Altglassammlung
14. Tauschvertrag Stadtgemeinde Oberndorf – Maria Kunesch
15. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG – Aufträge, Anschaffungen
16. Teilabänderung Flächenwidmungsplan Bereich „Südliches Haidenöster 2 (Maier/Tonis)“
17. Teilabänderung Flächenwidmungsplan Bereich Salzburger Straße – Gastag (Mairöll)
18. Aufträge, Anschaffungen
19. Subventionen
- 20. Unter-Schutz-Stellung „Stille Nacht“ (nachträglich aufgenommen)**
21. Allfälliges

Anwesende:

Bürgermeister Peter Schröder
1. Vizebürgermeister Dr. Andreas Weiß
2. Vizebürgermeister Otto Feichtner
Stadträtin Ulrike Bazzanella-Müller, Dipl. päd.
Stadtrat Dietmar Innerkofler
GV Josef Auzinger
GV Bärbel Stahl
GV Josef Gönitzer
GV Wolfgang Stranzinger
GV Wolfgang Oberer
Stadtrat Ing. Johann Bruckmoser
Stadtrat Mag.(FH) Hannes Danner
GV Georg Mayrhofer
GV Peter Illinger
GV Franziska Stampfer
GV Martin Neumeier
Stadtrat Dietmar Prem
GV Georg Meindl
GV Johann Tutschka
GV Ing. Johann Schweiberer

Stadtrat Dr. Patrick Weihs
GV Maria Petzlberger
GV Michael Mayer
GV Josef Hagmüller

Entschuldigt abwesend:

GV Anna Schick

Weiters anwesend:

Dr. Gerhard Schäffer, Amtsleiter
Wolfgang Tajkovsky, Leiter Finanzverwaltung

Schriftführerin: Gabriele Niederstrasser

Es waren 8 Zuhörer anwesend.

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger

Bürgermeister Schröder begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr. Er stellt fest, dass aufgrund der Anwesenheit von 24 Gemeindevertretungsmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gremiums gegeben ist. Die Tagesordnung wurde zeitgerecht und ordnungsgemäß zusammen mit der Einberufung zu dieser Sitzung zugestellt, es bestehen dagegen keine Einwände.

Bürgermeister Schröder stellt den **Antrag, nachfolgenden Punkt nachträglich in die Tagesordnung dieser Sitzung gem. § 28 Abs. 8 Salzburger Gemeindeordnung 1994 aufzunehmen: Unter-Schutz-Stellung „Stille Nacht“, mit folgender Begründung (Bürgermeister Schröder verliest den Antragstext):**

Derzeit laufen verschiedenste Bemühungen von privater Seite, das Thema „Stille Nacht“ verbunden mit den Feierlichkeiten am 24. 12. kommerziell zu verwerten. Hier wurde bereits Kontakt mit der Stille-Nacht-Gesellschaft aufgenommen, welche diesem Ansinnen derzeit positiv gegenüber steht. Ein Kontakt mit dem Grundeigentümer, der Stadtgemeinde, wurde erst nach der Vorstellung bei der Gesellschaft angebahnt. Die Vertreter der Gesellschaft konnten kein schriftliches Konzept und keine Aussage über die Finanzierung vorlegen. Unterlagen wurden der Stadtgemeinde noch vor Weihnachten versprochen. Neben diesem Projekt besteht der Antrag der Stille-Nacht-Gesellschaft, in ihren Statuten die Anschrift „Stille Nacht- Platz 7“ in Oberndorf zu verwenden.

Die Gemeindevertretung hat bereits am 11.12.1999 einen Beschluss gefasst, für „Stille Nacht“ einen Namensschutz in Form einer Bildmarke mit dem Text „Stille Nacht, Heilige Nacht! Uraufführung 1818 Oberndorf“ und dem Bild der Stille-Nacht-Kapelle beim Patentamt einzureichen. Beauftragt mit der Durchführung wurde damals der Fremdenverkehrsverband Oberndorf, der auch den Antrag eingebracht hat.

Heute geht es darum, das Thema prinzipiell zu behandeln und unseren Rechtsanwalt mit weiterführenden Schritten für die Unter-Schutz-Stellung zu beauftragen. Derzeit läuft durch unseren Rechtsanwalt Dr. Günther Ramsauer die Prüfung, inwieweit die Unter-Schutz-Stellung durchgeführt wurde bzw. welche Patente bereits angemeldet sind. Aufgrund erster Recherchen wurde ein Antrag bei der Markendatenbank der EU unter dem Namen „Original Oberndorfer Stille Nacht – Heilige Nacht Edition“ gefunden. Antragsteller ist eine LR Health & Beauty Systems GmbH. Hier sollte geprüft werden, ob seitens der Stadtgemeinde ein Widerspruch gegen die Eintragung erhoben wird.

Ziel ist es, in der ersten Sitzung der Gemeindevertretung im Jahr 2008 ein klares Konzept über die Unter-Schutz-Stellung einer Bildmarke vorzulegen.

Neben diesen Bestrebungen besteht derzeit im Stille-Nacht-Bezirk ein Wildwuchs an verschiedensten Werbeanlagen. Mit diesem Thema wurde der Gestaltungsbeirat beschäftigt. Nach eingehender Berücksichtigung des Areals am 06.12.2007 und ausführlicher Diskussion wurde vereinbart, dass der Gestaltungsbeirat einen Vorschlag ausarbeiten wird, wie ein Vorgabenkatalog für zulässige Maßnahmen im Stille-Nacht-Bezirk erstellt werden könnte (Wettbewerb, Ideenfindung etc.). Dieser Vorschlag wird dann im neuen Jahr präsentiert. Bei den zukünftigen diesbezüglichen Terminen sollte auch der Tourismusverband eingebunden werden. Bis zur Wirksamkeit dieses Vorgabenkataloges soll für den Stille-Nacht-Bezirk ein Werbeanlagen- und allgemeiner Baustopp gelten.

Der Antrag soll wie folgt lauten:

Der Bürgermeister stellt den Antrag auf Genehmigung zur Durchführung der Vorarbeiten zur Unterschutz-Stellung von „Stille Nacht“ in Form einer Bildmarke. Die Rechte sollte in Zukunft die Stadtgemeinde haben, welche diese an Dritte weitergeben kann. Weiters soll ein Konzept über die Gestaltungsmöglichkeiten auf Basis des Vorschlages des Gestaltungsbeirates erarbeitet werden.

Dieser zusätzliche Punkt soll als TOP 20. in die Tagesordnung aufgenommen werden, „Allfälliges“ wird zu TOP 21.

Bürgermeister Schröder ergänzt: Ich habe zur Verwendung der Adresse „Stille Nacht-Platz 7“ prinzipiell ja gesagt, musste das aufgrund des Ansuchens von Herrn Wasner jedoch einige Tage später zurücknehmen. Er wollte auf der Homepage des Tourismusverbandes mit seiner eigenen Firma werben. Er war auch bei der Stille-Nacht-Gesellschaft und wollte die Unterstützung für 24. Dezember sowie andere Events bekommen. Die Stille-Nacht-Gesellschaft hat vorbehaltlich weiterer Gespräche mit der Stadtgemeinde Oberndorf dem zugestimmt. Ich habe der Gesellschaft gesagt, bevor nicht alle Dinge im Zusammenhang mit Wasner geprüft und geklärt sind, darf die Adresse „Stille Nacht-Platz 7“ nicht verwendet werden.

Der Bürgermeister ersucht nochmals um Abstimmung über den vorstehenden Antrag.

Offene Abstimmung (24 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend): Die nachträgliche Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes als Punkt 20. wird einstimmig beschlossen.

Bürgermeister Schröder lädt die anwesenden Gemeindebürger ein, zur Tagesordnung ihre Fragen zu stellen. Da keine Fragen anstehen, wird zur weiteren Tagesordnung übergegangen.

2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 26. September 2007

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, das Protokoll der Gemeindevertretungssitzung vom 26. September 2007 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (24 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

3. Berichte des Bürgermeisters

3.1. Sitzungsplan 2008

Nachfolgender Sitzungsplan liegt jedem Gemeindevertretungsmitglied vor:

Sitzungsplan 2008

1. Halbjahr

**Gemeindevertretung und
Gemeindevorstehung**

Mittwoch, 23. Jänner, 19.00

Gemeindevorstehung

Mittwoch, 27. Februar, 19.00

Gemeindevertretung

Mittwoch, 12. März, 19.00

**Gemeindevertretung und
Gemeindevorstehung**

**Mittwoch, 23. April, 19.00
(Jahresrechnung)**

Gemeindevertretung

Mittwoch, 21. Mai, 19.00

Gemeindevorstehung

Mittwoch, 18. Juni, 19.00

Gemeindevertretung

Mittwoch, 09. Juli, 19.00

2. Halbjahr

Gemeindevertretung

Mittwoch, 24. September, 19.00

Gemeindevorstehung

Mittwoch, 22. Oktober, 19.00

**Gemeindevertretung oder
Gemeindevorstehung**

Mittwoch, 19. November, 19.00

Gemeindevertretung

**Mittwoch, 10. Dezember, 19.00
(Jahresvoranschlag 2009)**

Die Gemeindevertretungssitzungen werden jeweils in den Seminarräumlichkeiten des Krankenhauses Oberndorf, die Gemeindevorstandssitzungen im Sitzungszimmer des Stadtamtes abgehalten.

3.2. Trinkwasseranalyse

Die periodisch durchgeführte Untersuchung unseres Trinkwassers attestiert uns Genusstauglichkeit.

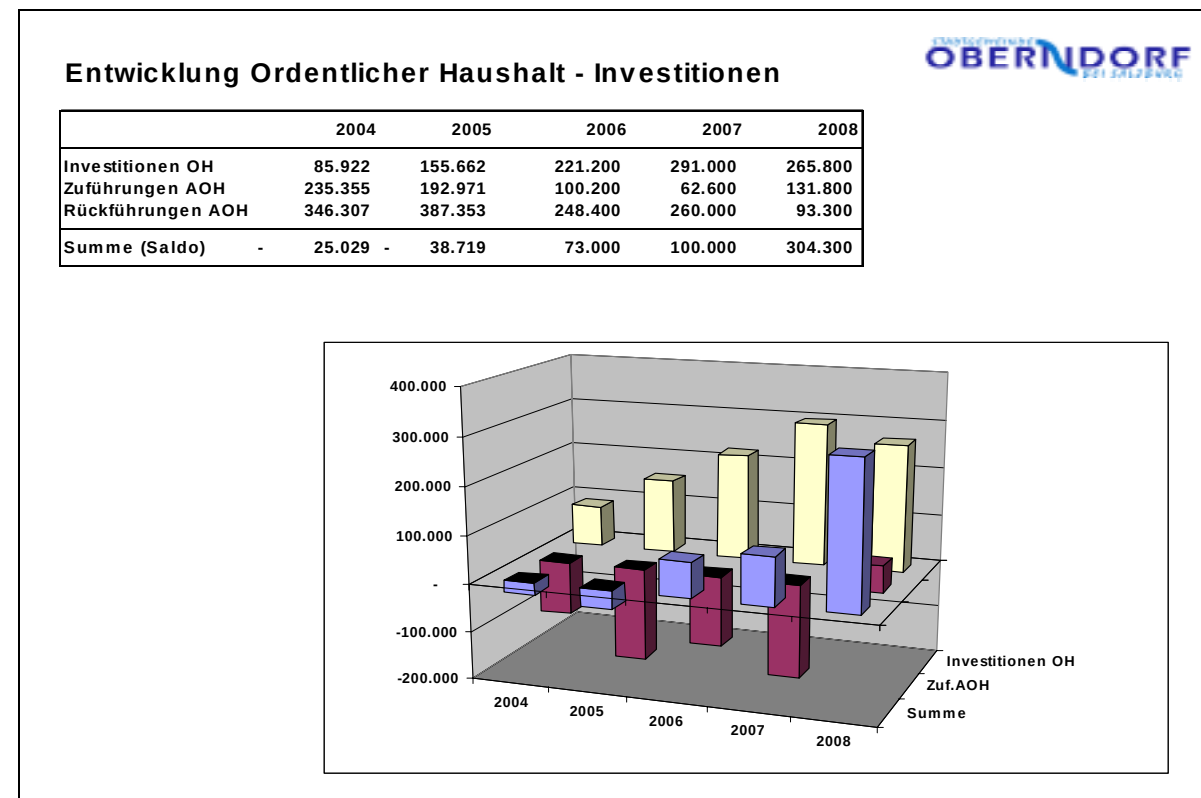
4. Jahresvoranschlag 2008

Bürgermeister Schröder erläutert anhand nachfolgender Präsentationsunterlagen (Power Point) den Voranschlag für das kommende Jahr:



Gesamtsummen

	Voranschlag 2008	Voranschlag 2007	Ergebnis 2006
Ordentlicher Haushalt Gemeinde (ohne Betrieb SWH und KH)	12.966.600,00	12.191.400,00	12.534.637,44
Betrieb Seniorenwohnhäuser	4.680.300,00	2.717.800,00	2.800.673,65
Betrieb Krankenhaus	12.348.500,00	11.941.000,00	11.389.314,44
Summe	29.995.400,00	26.850.200,00	26.724.625,53
Außerordentlicher Haushalt	584.900,00	1.374.000,00	3.568.991,63
Summe	30.580.300,00	28.224.200,00	30.293.617,16
Zwischensumme	30.580.300,00	28.224.200,00	30.293.617,16
abz.Doppelzahlungen	3.337.300,00	3.358.200,00	3.872.199,27
Gesamtsumme Netto	27.243.000,00	24.866.000,00	26.421.417,89



Ordentlicher Haushalt

Ermessenstransfers

		Voranschlag 2008	Voranschlag 2007	Ergebnis 2006
1/0610	Sonstige Subventionen	5.000,00	5.000,00	2.959,00
1/0630	Partnerschaften	500,00	500,00	
1/2590	Jugenderziehung	41.000,00	40.600,00	29.359,00
1/2690	Sportförderung	27.000,00	27.000,00	24.881,00
1/2690	Sportstättenerrichtung	30.000,00		
1/2700	Volkshochschule	1.000,00	1.000,00	803,00
1/2710	Volksbildungswerk	3.000,00	3.000,00	195,00
1/3220	Stadtmusik	13.000,00	4.000,00	4.000,00
1/3690	Heimatvereine	5.500,00	4.000,00	4.803,00
1/3900	Kirchl. Angelegenheiten	70.700,00	70.700,00	30.286,50
1/4290	Altenbetreuung	2.500,00	2.500,00	2.220,00
1/4800	Solaranlagen, Wärmep.	5.000,00	5.000,00	7.868,75
1/7820	Wirtschaftsförderung	4.000,00	4.000,00	4.000,00
	Summe	208.200,00	167.300,00	111.375,25

Bürgermeister Schröder ergänzt: Falls es am 19. Dezember mit dem Krankenhaus zu einer Entscheidung kommt, wird im Frühjahr 2008 ein Nachtragsvoranschlag erfolgen müssen, da mehr Mittel frei werden und wir diese in anderen Vorhaben einsetzen können.

Die Erstellung dieses Voranschlages war nicht leicht, da es noch viele unbekannte Tatsachen in Verbindung mit dem Krankenhaus gibt. Vielen Dank vorweg an Wolfgang Tajkovsky und die Buchhaltung aber auch an das gesamte Amt für die Zusammenarbeit beim Voranschlag. Wir haben uns bemüht, alles so transparent wie möglich zu machen und konnten in der Klausur viele Informationen geben. Ich bitte nun um Diskussion.

Stadtrat Prem (Wortmeldung war schriftlich verfasst, Wiedergabe lt. Mail vom 17.01.2008):

„Die Fraktion der NOW hat den Voranschlag 2008 beraten. Die für uns markanten Daten: Schuldenstand und Haftungen, abzüglich nicht mehr vorhandener Wertpapiere, haben sich seit dem Voranschlag 2004 mit 24 Mio. € fast nicht verändert. Die Dauerschuldverpflichtungen im Jahrestreffnis steigen von 2007 auf 2008 um ca. 200.000,-- € auf nun mehr stolze 870.000,-- €.

Annuitätendienst: Innerhalb eines Jahres vermindern sich die Tilgungen um 70.000,-- €, der Aufwand für Zinsen erhöht sich im gleichen Zeitraum um 140.000,-- €. Es ist unglaublich! Für die Kredite des Reinhaltverbandes im Ausmaß von 11.700.000,-- € hat die Stadtgemeinde im Jahr 2008 481.000,-- € an Zinsen aufzubringen. Zum Vergleich 2005 191.000,-- €. Das ist eine Mehrbelastung von 290.000,-- €.

Personalkosten: Im Voranschlag 2008 werden 12,7 Mio. € als Personalkosten prognostiziert. Zieht man den Betrag von 1 Mio. € für die Mitarbeiter im neuen Seniorenwohnhaus Bürmoos ab, bleiben rund 11,7 Mio. € über. Dies ist eine Steigerung gegenüber dem Ergebnis 2006 um ca. 1,4 Mio. €.

Ein Vergleich mit dem Ergebnis 2004 zeigt eine Steigerung von 2,4 Mio. €.

Dies sind nur einige wichtige, nicht wegzuleugnende Fakten, vor denen man die Augen nicht verschließen darf.

Das Alarmierende ist allerdings, dass angesichts sprudelnder Steuereinnahmen von vorzeitigen Tilgungsmaßnahmen unseres Schuldenberges nichts zu merken ist. Das muss uns für die Zukunft Oberndorfs nachdenklich stimmen.“

Bürgermeister: Zur Auflösung der Wertpapiere: Davon wurde der Junger-Grund gekauft. Die Haftungen beziehen sich auf den Kanalbau. Auch hier gibt es einstimmige Beschlüsse. Die Bauabschnitte 07 und 08 resultieren aus einer Notwendigkeit aufgrund einer Vorgabe des Landes nach einem Trennsystem. 2006 haben wir für die Hauptschule ein Darlehen von 1.250.000,-- Euro aufgenommen; auch dies wurde einstimmig beschlossen und wir haben auch schon eine Tilgung vorgenommen. Ende 2007 haben wir zwei Wasserdarlehen aufgenommen mit € 980.000,-- für die Bauabschnitte 07 und 08. Das war eine Bereinigung der Vorleistungen vom Büro Schöffl/Forsthuber. Ende 2007 beträgt der Schuldenstand € 13.392.000,--. Trotz der beiden Darlehen sieht die Prognose so aus, dass Ende 2008 der Schuldenstand € 12.948.000,-- betragen wird. Die NOW hat bei diesen Darlehensaufnahmen mitgestimmt.

Zu den Personalkosten: Beim Bauhof ergibt sich die Erhöhung durch den Reinhaltverband (wird rückvergütet), 40 zusätzliche Arbeitsplätze wird es für die Seniorenwohnhaus-Gemeinschaft geben – die Anstellung erfolgt je nach Inanspruchnahme bzw. Bedarf, das richtet sich nach der Anzahl der Bewohner.

Stadtrat Dr. Weihs: Wieso gibt es beim Polytechnikum so große Sprünge?

W. Tajkovsky: Das hängt mit dem Stellenplan zusammen. 2007 war geplant, dass Teile der HAK durch unser Personal mitgereinigt werden sollen, jetzt machen sie die Reinigung wieder selbst. Es waren mehr Reinigungsleistungen kalkuliert als gebraucht wurden, das wird dann bei der Jahresrechnung anders aussehen.

Stadtrat Mag.(FH) Danner zum Budget 2008: Die freie Spitze bewegt sich etwas nach oben, das ist erfreulich. Auch die Ertragsanteile-Entwicklung ist mit einem Plus von € 420.000,-- oder 12 % erfreulich, bei den Eigensteuern haben wir etwa 10 %, also plus € 100.000,--. Wir haben also rund € 500.000,-- Mehreinnahmen. Gegenüber 2004/2005 haben wir eine gute Entwicklung in der Abgangsdeckung, die uns hilft.

Drei Bereiche sehen wir mit Sorge: 1. Das Krankenhaus: Die Entwicklung für 2008 scheint positiv zu sein, wenn es so bleiben könnte, wäre das erfreulich und die Sorgen der letzten Jahre wären nicht so dramatisch. 2. Die Verwaltungsgemeinschaft Seniorenwohnhäuser Oberndorf-Bürmoos: 2008 wird hier eine Investition in die Zukunft sein; ich hoffe, dass es sich in der Zukunft rechnen wird und hoffe auch, dass die Prognosen über die Beläge der Realität entsprechen. Wir stehen dazu, wir haben den Beschluss mitgetragen, doch dieser Punkt ist noch fraglich. 3. Der Abfallentsorgungshof: Hier haben wir die Investition für den Grundkauf und die Planungskosten im Budget enthalten und wir werden noch darüber reden müssen. Vielleicht kann man das im Nachtragsvoranschlag noch berücksichtigen. Wie jedes Jahr spiegelt der Voranschlag die politische Entscheidung wider, die wir im Wesentlichen gemeinsam getroffen haben, und die ÖVP-Fraktion wird daher zustimmen. Ich danke dem Amt für die Hilfsbereitschaft und jederzeitige Auskunftserteilung.

Bürgermeister: Dem stimme ich in allen Dingen zu. Die Entwicklung der Ertragsanteile und der gemeindeeigenen Steuern ist sehr positiv und hilft uns. Wir hoffen, dass die Konjunktur gleich bleibt. Zum Krankenhaus: Wir wissen nicht, wie hoch der zusätzliche Rechtsträgeranteil 2007 sein wird. Wir können auch nur hoffen. Er wird voraussichtlich bei 70 – 80 % liegen, das werden wir im Mai oder Juni sehen. 2011 wird jedenfalls die Miete für das 3. OG im Krankenhaus wegfallen mit € 250.000,--. Wir denken, es ist notwendig, andere Lösungen anzustreben. Zum Seniorenwohnhaus: Das ist eine große Herausforderung, doch ich bin davon überzeugt, dass es nach einem gewissen Zeitraum des Anlaufs zu großen Synergie-

effekten kommen wird. Wir stellen bereits jetzt Entlastungen fest (z. B. ist der Cateringsatz pro Tag um 1 Euro gesunken). Wenn die beiden Häuser voll sind, wird das zu Buche schlagen. Im ersten Jahr wissen wir, dass uns der Abgang schmerzt und diese Mittel uns an anderer Stelle abgehen werden. Doch 2007 haben wir für die Stadt zukunftsweisende Investitionen getätigt, z. B. den Grundstückskauf in der Watzmannstraße – und das ohne Darlehensaufnahme. Zum Abfallentsorgungshof: Wir haben diesbezüglich heute noch einen eigenen Tagesordnungspunkt und ich bitte, dass wir es bei diesen Ansätzen hier belassen. Auch diesbezüglich gibt es eine Lösung, die wir mit den betroffenen Bürgermeistern erarbeitet haben.

GV Gönitzer: Zur Verwaltungsgemeinschaft mit Bürmoos: Die Planung der Belegung für die kommenden Jahre ist mit äußerster Vorsicht erfolgt, man geht auch nicht von einer raschen Vollbelegung aus. Die Kosten sind in den Budgets enthalten. Ich denke, man braucht sich nicht zu sorgen. Unsere Kosten muss man als Strukturkosten einer überörtlichen Zentralgemeinde sehen, das ist der Status von Oberndorf für die Region.

GV Stranzinger drückt den Mitarbeitern des Amtes für ihre Arbeit seinen besonderen Dank aus und hält zum Voranschlag folgendes fest: Der Voranschlag 2008 ist kein Jubelbudget, doch man kann zufrieden sein. Das Budget ist ausgeglichen. Die frei verfügbaren Mittel steigen von Jahr zu Jahr. Das ist ein maßvoller Umgang mit den verfügbaren Mitteln. Zum Krankenhaus: Diese Thematik werden wir nächste Woche erörtern. Die Abgaben und Gebühren für 2008 sind gegenüber den anderen Gemeinden sehr moderat. Wir sind immer noch im unteren Drittel angesiedelt, doch die Landessätze sind vorgeschrieben, wenn man auf Fördermittel angewiesen ist.

Die Schuldenquote ist eine wichtige Kennzahl: Von 2004 bis 2008 ist sie von 55 % auf 42 % gesunken. Diese Reduktion macht 1,5 Mio. Euro aus, das sind 20,5 Mio. Schilling. An den zusätzlich zu berücksichtigenden Darlehensaufnahmen von 2,2 Mio. Euro und zusätzlichen Investitionsmaßnahmen sieht man, dass gut und nachhaltig gewirtschaftet wird.

GV Stranzinger erläutert an dieser Stelle die vielen verschiedenen Maßnahmen und Projekte, die im vergangenen Jahr umgesetzt wurden.

Wir haben auch den zusätzlichen Rechtsträgeranteil bedecken müssen. Wir sind zur Wahl angetreten und wollten die Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit. Ich möchte Bürgermeister Schröder dafür danken und ich denke, der Dank kommt von allen Fraktionen. Wir stimmen dem Jahresvoranschlag 2008 zu und denken, dass die positive Entwicklung des Haushaltes in die richtige Richtung geht.

Stadtrat Dr. Weihs: Auch wir stimmen zu – wir gratulieren zur Pflichtübung, die Kür kommt noch. Im Mai/Juni werden wir uns ansehen, was wirklich gemacht wird und wir hoffen, dass wir dann aktiv sein können. Wir würden uns Verkehrsbeschränkungen, ein Verkehrskonzept, Kulturelles etc. wünschen.

Bürgermeister: Zu den Stichworten Kür und Pflicht: Die Pflichtaufgaben sind jene, die zu leisten sind an das Land, den Mitarbeitern gegenüber, zur Aufrechterhaltung und Sanierung der Infrastruktur (z. B. Schulen) etc.. Die Kür sehe ich z. B. beim Kulturlehrpfad, der Sanierung der Stille-Nacht-Kapelle und des Alten Pfarrhofes, der Errichtung des Bolzplatzes etc.. Wir budgetieren nächstes Jahr für die Jugendkapelle einiges, auch diese Dinge sind Kür, und wir würden uns alle wünschen, noch sehr viele Pirouetten machen zu können und dabei nicht auszurutschen. Wir wollen noch einiges für Oberndorf umsetzen.

GV Stampfer: € 4.000,-- pro Jahr für die Wirtschaftsförderung erscheint mir sehr wenig. Eine höhere Wirtschaftsförderung wäre für mich wünschenswert.

Bürgermeister: Wir haben in den letzten Jahren in Oberndorf sehr viel umgesetzt und investiert (Steg, Brückenstraße etc.). Wir vergeben unsere Aufträge soweit dies möglich ist an die

Oberndorfer Wirtschaft – das halte ich so mit meinem Amtsvorgänger, der gesagt hat, Aufträge sind die beste Förderung der Wirtschaft.

Stadtrat Mag.(FH) Danner zu GV Gönitzer: Ich bin mir nicht sicher, ob die Einschätzung der Beläge in den Seniorenwohnhäusern tatsächlich so vorsichtig ist. Ich halte die Prognose für sehr optimistisch. Wir tragen den Ansatz natürlich mit. Zum Loblied an den Bürgermeister möchte ich festhalten, im Wesentlichen war die Entlastung schon durch die Krankenhaus-Abgangsdeckung gegeben. 2003 und 2004 hätten wir bei einer ähnlichen Abgangsdeckung auch besser ausgesehen.

Bürgermeister: Die Entlastungen durch das Land Salzburg haben natürlich einiger Verhandlungen bedurft und alle Krankenhaus-Bürgermeister haben sich sehr angestrengt. Wir haben viele Bundesmittel herausverhandelt, wo wir eigentlich keine Rechtstitel hatten. Diese Arbeit habe ich geleistet. Zum Seniorenwohnhausbereich gebe ich Dir Recht, wir haben hier Statistiken des Landes. Der Belag wird zeigen, ob sie stimmen. Wir haben derzeit 150 Anmeldungen, ob alle zum angegebenen Zeitpunkt auch ins Seniorenwohnhaus ziehen werden, wird sich zeigen.

GV Ing. Schweiberer zu den nicht geplanten Mehreinnahmen im Steueraufkommen-Bereich und dem Reinhalteverband: Unsere Forderung war immer und wird auch bleiben, dass wir Schulden abbauen. Wir stehen zu unserer Vorstellung einer ganz einfachen Rechnung. Von nicht geplanten Mehreinnahmen sollte man zumindest die Hälfte für den Schuldenabbau verwenden. Zum Reinhalteverband: Wir haben aus der Notwendigkeit heraus allen Beschlüssen zugestimmt. Doch wenn man weiß, dass wir, wenn wir keine Landesförderungen mehr in Anspruch nehmen, die Kanalgebühren frei gestalten könnten, wir aber dem Bürger das Geld aus der Tasche ziehen und mit diesen zusätzlichen Rücklagen Dinge finanzieren, die genehmigt und von der Abteilung 11 gut geheißsen werden und nicht unbedingt die Rechtsbestimmungen erfüllen. Ich denke, diese Mittel sollten so verwendet werden: 1/3 Reduzierung der Kanalgebühr, 1/3 Rücklagen wie gehabt und 1/3 Rückzahlung von Krediten – das wäre ein Zeichen an die Bürger. Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir die Zahlen nach oben regulieren müssen, vorher war das Gegenteil der Fall; wir müssen jetzt die Chance nützen. Die Arbeit ist gut, doch wir sehen zu wenige Möglichkeiten des Schuldenabbaues.

Bürgermeister: Welches der Vorhaben hätten wir deiner Meinung nach nicht realisieren sollen, damit ein Drittel oder die Hälfte aus den nicht geplanten Mehreinnahmen für Darlehensrückzahlungen zur Verfügung gestanden wären? Jene Vorhaben, die nicht durchgeführt werden sollten, müssten im Mittelfristigen Finanzplan festgelegt werden. Einfach ein Drittel zur Seite zu legen, das ist undurchführbar. Zu den Kanalgebühren: Sie werden dazu verwendet, Maßnahmen, die mit dem Kanal in Verbindung stehen, umzusetzen. Bei einer Reduzierung der Gebühren würden wir bezüglich des Straßenbaus massive Probleme bekommen.

GV Ing. Schweiberer: Ich spreche von nicht geplanten Mehreinnahmen. Die Frage „was könnten wir weglassen“ lasse ich nicht gelten.

Bürgermeister: Auch ich lasse es mir nicht nehmen, dass aufgrund dieser nicht geplanten Einnahmen wir das Darlehen für die Grundankäufe Schauer-Wiese usw. nicht brauchen. Wir bedecken aus dem Ordentlichen Haushalt – doch vielleicht passt das auch wieder nicht. Jeder von uns hat dazu seine Meinung und ich halte es für richtig, kein Darlehen aufzunehmen und nichts aus nicht geplanten Einnahmen zu bedecken.

1. Vizebgm. Dr. Weiß dankt dem Amt und betont das konstruktive Klima und auch die Vertrauensbasis. Das gilt auch für den Bürgermeister. Es ist ein gutes Zeichen, wenn man im Sinne der Bürger Dinge auf kurzen Wegen erledigen kann – danke dafür, dass das möglich ist.

Zur Verwaltungsgemeinschaft Seniorenwohnhäuser: Im Zuge des Projektes wurde ein Leitbild (federführend durch Dr. Schäffer und Frau Platajs) erarbeitet. Das Ergebnis ist ein fertiges Konvolut bzw. eine Expertise, die auch dem Seniorenwohnhaus Oberndorf zugute kommt. So ein Projekt kostet etwas und es steckt viel Arbeit dahinter – also ist das nicht alles verlorenes Geld, sondern ein sinnvolles Projekt.

Es wird festgehalten, dass der Prüfungsausschuss getagt und festgestellt hat, dass alle Zahlen übereinstimmen und alles zufriedenstellend ist. Die vorliegenden Unterlagen wurden positiv bewertet.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Jahresvoranschlag 2008 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (24 GV anwesend): 20 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen (NOW).

5. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG – Jahresvoranschlag 2008

Bürgermeister Schröder präsentiert dazu folgende Unterlage:

Ausgaben		Einnahmen
Hauptschule		
Betriebskosten	151.000	
Nahwärme	51.000	
Zinsen an Gde.Oberndorf	24.100	
Miete Hauptschule		180.800
Miete Bauhof		21.300
Miete Volksschule		10.500
Miete SPZ		5.500
Miete Stadthalle		8.000
Summe Hauptschule	226.100	226.100
Polytechnische Schule		
Investitionen	145.000	
Darlehen Gde.Oberndorf		65.000
Kapitaleinlage Gde.Oberndorf		80.000
Summe Polyt. Schule	145.000	145.000
Gesamtsumme	371.100	371.100

Stadtgemeinde Oberndorf
Immobilien KG

Da keine Wortmeldung vorliegt, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Jahresvoranschlag 2008 der Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend, GV Auzinger war während dieses TOP nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.

6. Haushaltsbeschluss 2008

Der Bürgermeister hält fest, dass der Haushaltsbeschluss 2008 allen Fraktionen in schriftlicher Form zum Studium vorgelegen ist. Die Situation selbst bleibt gleich. Er erläutert einige Änderungsvorschläge bzw. Erhöhungen gegenüber 2007:

Die Friedhofsgebühren erhöhen sich zwischen 1,61 und 2,40 %, der Wasserzins erhöht sich um 3,16 %, wobei wir weiterhin unter dem Satz des Landes liegen, die Kanalgebühren um 1,50 %, die Marktstandgebühr wird um 5% erhöht, die Müllabfuhrgebühr für Haushaltsmülltonnen erhöht sich um 3,42 bzw. 3,36 %, die Biotonnenentleerung um 3,60 % und die Bereitstellungsg Gebühr um 3,70 %. Die Kindergartengebühr bleibt gleich, sie ändert sich immer mit dem Schulschluss (Kindergartenjahr ist identisch mit Schuljahr). Der Tagsatz im Seniorenwohnhaus erhöht sich zwischen 6,35 % (Sozialhilfe, Vorgabe des Landes) und 3,85 % (Selbstzahler).

Stadtrat Prem: Die NOW hat in den letzten zwei Jahren das Budget kritisiert aber mitgetragen. Wir haben uns die Unterlagen im Detail angesehen und die Erhöhungen genau ins Auge gefasst. Wir glauben, dass in Summe eine so große Erhöhung dem Bürger nicht zuzumuten ist. Wir werden daher auch diesmal den Haushalt nicht mittragen, vielleicht könnten 2009 die Erhöhungen dann doch kleiner ausfallen.

Bürgermeister merkt an, dass trotz der Darlehensaufnahme für den Wasserbau von 1 Mio. Euro der Schuldenstand gesunken ist. Er nimmt die Vorgangsweise der NOW zur Kenntnis, doch diese Entscheidung tut ihm leid.

GV Gönitzer hält es für vernünftig, die Gebührensätze jedes Jahr moderat anzuheben, als dies jahrelang nicht zu tun und dann vor einer erheblichen Erhöhung zu stehen. Entscheidend ist die Frage, wie der Index sich erhöht hat. Wir liegen entweder unter der Indexerhöhung oder in deren Rahmen, nur in wenigen Fällen jedoch darüber. Wahlwirksam zu argumentieren verstehe ich zwar, doch man sollte das zumindest erwähnen. 2009 wird es dann heißen, wir hätten ohnehin etwas getan, doch die anderen haben es nicht zugelassen.

Bürgermeister ergänzt, dass die Sonder- und Pflegegebühren im Fraktionsordner enthalten waren und nicht mehr verlesen werden.

Stadtrat Innerkofler: Die Erhöhungen streift die Gemeinde nicht ein und kauft etwas davon, sondern sie werden für die Gemeinde verwendet und es wurde in der Vergangenheit auch kein Unsinn gekauft. Das, was geschieht, ist doch wieder für den Bürger – und das ist notwendig. Ich finde diese Haltung der NOW schade und sie enttäuscht mich.

GV Ing. Schweiberer kontert auf diese Aussage.

Der Bürgermeister stellt nunmehr den **Antrag, den Haushalt 2008 mit den Sonder- und Pflegegebühren zu beschließen.**

Offene Abstimmung (24 GV anwesend): 19 Stimmen dafür, 5 Stimmen dagegen (NOW und FPÖ).

7. Stellenplan 2008

a) Stellenplan Allgemein

Folgender Amtsbericht liegt vor:

STADTGEMEINDE

Kindergärten

Gemäß Schreiben vom 25.09.2007 der Abteilung 11, Amt der Salzburger Landesregierung, wird empfohlen, das Beschäftigungsausmaß des Kinderbetreuungspersonals ab dem Kalenderjahr 2008 generell mit 100 % pro Planposten festzulegen, um die Verwaltungsabläufe zu vereinfachen, die durch gesetzliche Vorgaben, wechselnde Kinderzahlen, besondere Betreuungsbedarfe u. dgl. entstehen. Dies wurde im Stellenplan 2008 wie folgt berücksichtigt:

Kindergarten 1: Erhöhung um 215 %

Kindergarten 2: Erhöhung um 130 %

Kindergarten 3: Erhöhung um 137 %

Krabbeltube: Erhöhung um 60 %

Die Erhöhung der Planstellen beträgt insgesamt 542 %. Das tatsächliche Beschäftigungsausmaß beträgt 1760 % (2007: 1760 %).

Bauhof

Erhöhung der Planstelle 5.20.8 (Standl Hubert) von 55 auf 75 % - bereits mit der Abteilung 11 abgesprochen.

Weiters wurden im Anhang zwei Planstellen 9.50.2 und 9.50.3 ANHANG REINHALTERVERBAND für die Übernahme der Reinhaltverbandesbediensteten angelegt. Beide werden vom Reinhaltverband Oberndorf und Umgebung refundiert.

Schulen

Im Anhang des Stellenplanes werden derzeit 10 Sonderverträge für Fahrschülerbeaufsichtigung neu aufgenommen.

GV Tutschka bemerkt zum Stundensatz für die Erhöhung der Kindergarten-Planposten+, dass man nicht schon jetzt die Empfehlung der Abteilung 11 beschließen sollte, sondern erst dann, wenn der Bedarf tatsächlich gegeben ist.

Bürgermeister: Die Konsequenz darauf wäre, dass wir Kinder abweisen müssten. Wenn eine Mutter kommt, die eine Arbeitsstelle gefunden hat und das Kind derzeit eine längere Betreuung in der Krabbeltube braucht, müsste sie bis zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung oder des Gemeindevorstandes warten. Mit diesem Beschluss haben wir die Möglichkeit, eine bürokratische Hürde abzubauen.

GV Gönitzer: Bei allem Verständnis für Kritik muss doch soviel Vertrauen zum Bürgermeister und der Verwaltung bestehen, dass ein Handlungsspielraum zur Verfügung gestellt wird, damit eine Verwaltungsvereinfachung gegeben ist. Das ist absolut gerechtfertigt.

GV Ing. Schweiberer: Prinzipiell haben wir nichts dagegen, uns stört nur die Prozentsumme. Wir wissen auch, dass das nicht ausgenutzt wird, wir wollen nur darauf hinweisen, dass wir bis 542 % beschließen.

Bürgermeister Schröder verliest ein diesbezügliches Schreiben der Abteilung 11 des Landes vom 29. September 2007.

GV Ing. Schweiberer ergänzt, dass dies seitens der NOW nur ein Hinweis sein sollte, sie wird zustimmen.

- *GV Peter Illinger verlässt die Sitzung, somit sind 23 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend.*

1. Vizebgm. Dr. Weiß: Zu den Kindergarten-Stellen: Es ist allen klar, dass wir jede Änderung im Gemeindevorstand behandeln müssen und wir verstehen diese Vorgangsweise als Verwaltungsvereinfachung.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Stellenplan Allgemein für das Jahr 2008 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend, Stadträtin Bazzanella war bei der Abstimmung nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.

b) Stellenplan Seniorenwohnhäuser

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Im Stellenplan 2008 sind analog dem Stellenplan 2007 beide Seniorenwohnhäuser in der Vollausslastung dargestellt. Neu wurden im Anhang 2 Planstellen 9.10.1 und 9.10.2 ANHANG PERSONAL und ANHANG FINANZ mit jeweils 50 % angelegt. Diese beiden Stellen finden sich auch beim Stellenplan der Stadtgemeinde und werden durch die Verwaltungsgemeinschaft refundiert. Weiters wurden für die Essensversorgung 350 % für die Krankenhausküche dargestellt. Diese Stellen finden sich auch im Stellenplan des Krankenhauses und werden durch die Verwaltungsgemeinschaft refundiert.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Stellenplan Seniorenwohnhäuser für das Jahr 2008 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend, Stadträtin Bazzanella war bei der Abstimmung nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.

c) Stellenplan Krankenhaus

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Durch die Auflösung der Geburtshilfe und Gynäkologie sowie die Neuerrichtung einer akuteriatriischen Station werden im Stellenplan des Krankenhauses im Jahr 2008 folgende Umgruppierungen vorgenommen:

Ärzte

Die im Stellenplan enthaltenen 250 % für die Geburtshilfe sowie die Kinderärztin werden wie folgt umgewandelt:

200 % Interne Abteilung, 50 % Neurologischer Facharzt

Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Sozialarbeiter, Klinischer Psychologe, Qualitätssicherung

Die im Stellenplan 2007 enthaltenen 550 % werden im gleichen Ausmaß in Stellen für Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Sozialarbeiter, klinische Psychologen, Qualitätssicherung und Diätologin umgewandelt. Die Stellen werden mit „b“ neu bewertet, ausgenommen davon

ist die klinische Psychologie, diese wird mit „a“ bewertet. Eine Stellenausweitung in diesem Bereich ist nicht vorgesehen.

Krankenhaus Neu

Stockmädchen für die Geriatriische Abteilung mit 50 % - Bewertung d

Transportdienste mit 100 % - Bewertung p/d

Labor (MTA) mit 50 % - Bewertung b

Refundierungen

Krankenhausküche 350 % Refundierung Verwaltungsgemeinschaft

Anästhesie (50 % Facharzt, 50 % Fachpersonal) Refundierung durch SALK

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Stellenplan Krankenhaus für das Jahr 2008 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend, Stadträtin Bazzanella war bei der Abstimmung nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.

8. Mittelfristiger Finanzplan

Bürgermeister Schröder präsentiert den Mittelfristigen Finanzplan 2009 – 2012 auf Basis des Voranschlages 2008 anhand folgender Power-Point-Unterlage:

Zusammenstellung Krankenhaus verbleibt bei der Stadtgemeinde Oberndorf					
Bezeichnung	VA 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Ausgaben ohne Krankenhaus	12.966.600	11.349.995	11.489.589	11.664.006	11.899.233
Einnahmen ohne Krankenhaus	12.966.600	11.794.298	12.058.431	12.066.921	12.347.711
Überschuß	-	444.303	568.842	402.915	448.478
Vorschlag					
Kontenklasse 0		120.000	120.000	120.000	120.000
Verstärkungsmittel		50.000	50.000	50.000	50.000
1.) Polytechnische Schule		30.000	90.000	90.000	90.000
2.) Straßenbauten ohne Kanalbau nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten					
3.) Feuerwehr Drehleiter		50.000	50.000		
4.) Pfarrkirche		23.000			
5.) Abfallentsorgungshof		50.000	50.000	50.000	50.000
6.) Alter Pfarrhof und Stille Nacht Konzept				50.000	50.000
7.) Gemeindeamt					70.000
Summe Vorschlag		323.000	360.000	360.000	430.000
verbleibt Überschuß		121.303	208.842	42.915	18.478
Nicht berücksichtigt ist ab 2009 der zusätzliche Rechtsträgeranteil Krankenhaus					

Zusammenstellung Mit Beteiligung Fremdfirma bei Krankenhaus					
Bezeichnung	VA 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Ausgaben ohne Krankenhaus	12.084.500	11.189.440	11.326.918	11.499.154	11.732.135
Einnahmen ohne Krankenhaus	12.210.100	11.536.798	11.793.206	12.066.921	12.347.711
Überschuß	125.600	347.358	466.288	567.767	615.576
Vorschlag					
Kontenklasse 0		120.000	120.000	120.000	120.000
Verstärkungsmittel		50.000	50.000	50.000	50.000
1.) Polytechnische Schule		30.000	90.000	90.000	90.000
2.) Straßenbauten ohne Kanalbau nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten					
3.) Feuerwehr Drehleiter		50.000	50.000		
4.) Pfarrkirche		23.000			
5.) Abfallentsorgungshof		50.000	50.000	50.000	50.000
6.) Alter Pfarrhof und Stille Nacht Konzept				50.000	50.000
7.) Gemeindeamt					70.000
Summe Vorschlag	-	323.000	360.000	360.000	430.000
verbleibt Überschuß	125.600	24.358	106.288	207.767	185.576

GV Ing. Schweiberer: Die gesetzlichen Vorgaben müssen eingehalten werden. Beim Neubau des Polytechnikums ist uns aufgefallen, dass starke Änderungen möglich sind. Ich persönlich halte einen Mittelfristigen Finanzplan nicht für notwendig, doch ich weiß, dass er gesetzlich vorgeschrieben ist.

Bürgermeister: Du hast Recht, doch dies ist an die Adresse der Abteilung 11 zu richten.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Mittelfristigen Finanzplan zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

9. Nebengebühren- und Zulagenkatalog

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Durch die Abteilung 11 des Amtes der Salzburger Landesregierung wurde der neue Zulagen- und Nebengebührenkatalog (Rahmenkatalog), welcher mit den Interessensvertretungen der Gemeinden und der Bediensteten ausverhandelt wurde, zur Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung übermittelt.

Der Rahmenkatalog wurde mit dem derzeit bestehenden abgeglichen und auf die Notwendigkeiten der Stadtgemeinde angepasst. Der vorliegende Entwurf wurde mit der Abteilung 11 abgesprochen.

Der Nebengebühren- und Zulagenkatalog wurde den Fraktionen papiermässig bereits zur Verfügung gestellt. Die Änderungen sind farblich gekennzeichnet.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Nebengebühren- und Zulagenkatalog zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

10. Krankenhaus – Verlängerung Betriebsvereinbarung Spitalsärzte

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Die bestehende Betriebsvereinbarung mit den Spitalsärzten, welche die Wochenarbeitszeit, die tägliche Arbeitszeit, die verlängerten Dienste, die Ruhepausen und Ruhezeiten sowie die Doppelbesetzung der Dienste regelt, ist bis 31.12.2007 befristet. Nach Rücksprache mit den Vertretern der Spitalsärzte wird eine Verlängerung der bestehenden Betriebsvereinbarung bis 30.06.2008 vorgeschlagen.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, eine Verlängerung der Betriebsvereinbarung mit den Spitalsärzten bis 30.06.2008 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

11. Abfallentsorgungshof

a) Vergabe Transport- und Entsorgungsleistungen

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Sachlage: Im Rahmen einer Angebotsabfrage im Herbst 2006 wurde an die AVE Salzburg als Bestbieter der Auftrag für 2007 betreffend obiger Dienstleistung im Freivergabeverfahren beauftragt.

Für das Jahr 2008 wurden die bestehenden Konditionen mit der Firma AVE neu verhandelt. Dazu liegt nun ein Angebot für die Transport- u. Entsorgungsdienstleistungen für das Jahr 2008 vor. Die Dienstleistung liegt im Freivergabebereich < EURO 40.000,-- und kann daher zur Vergabe empfohlen werden. Ausgenommen von dieser Vergabe ist der Bereich der Grün- u. Strauchschnitte. Dafür liegt von der Fa. Neuhauser, Riedersbach/St. Pantaleon ein Angebot mit gleich bleibenden Konditionen wie 2007 vor.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Vergabe der Dienstleistung zur Sammlung und Entsorgung von Abfällen vom Abfallentsorgungshof Weitwörth an die Firmen AVE Salzburg und Neuhauser Abfallservice St. Pantaleon für den Zeitraum 01.01.2008 bis 31.12.2008 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

b) Grundankauf Abfallentsorgungshof neu

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Wie bereits mehrmals berichtet, läuft der Pachtvertrag für den derzeitigen Abfallentsorgungshof der Gemeinden Oberndorf, Nußdorf und Göming mit der Familie Bretz am 31.12.2007 ab. Die drei Gemeinden haben darüber das Einvernehmen hergestellt, wieder gemeinsam einen Abfallentsorgungshof zu betreiben. Als geeignetes Grundstück wurde den Gemeinden durch das Land Salzburg eine Fläche in Weitwörth im Ausmaß von 4.412 m² direkt neben der B 156 zu einem Kaufpreis von € 12,-/m² angeboten.

Auf Grund der Lage und der Ausnutzbarkeit des Grundstückes erscheint dieses für das Vorhaben bestens geeignet. Neben den Grundkosten sind seitens der Gemeinden die Aufschließungskosten sowie die Anbindung an die L 204 in Form eines Kreisverkehrs zu tragen. Für den Grundankauf und die Planungskosten sind im Voranschlag 2008 Mittel vorgesehen. Die Stadtgemeinde Oberndorf trägt von den Gesamtkosten ca. 65 %. Die Verhandlungen werden federführend durch die Gemeinde Nußdorf geführt.

Bürgermeister Schröder ergänzt: Heute hat eine Besprechung mit den Bürgermeistern Felber und Ganisl stattgefunden. Die Gemeinde Nußdorf hat einen Beschluss gefasst, da sich das Grundstück auf Gemeindegebiet von Nußdorf befindet, dass sie diesen Hof verwalten möchten und die Vereinbarung nur unter dieser Prämisse zustande kommt. Das Personal soll weiterhin bei der Stadtgemeinde Oberndorf bleiben. Wir haben überdies besprochen, dass hinsichtlich des Ablaufes (Kauf, Besitz, Errichtung und Betrieb) alle Vorgänge sich in einer Gesellschaft wiederfinden sollen. Wir schlagen vor, den Notar und den Steuerberater zu beauftragen. Die Planungsleistungen etc. sind überdies genau zu prüfen, die Kosten erscheinen mir zu hoch. Wir haben uns in Hallwang einen Hof angeschaut, der erheblich günstiger ist. Wir greifen auf die Kostenschätzungen zurück, doch wir müssen eine Lösung finden. Ich bitte um Beauftragung zur Vorbereitung des Grundstückskaufes und dass Oberndorf sich daran beteiligt. Damit ist dieser Abfallentsorgungshof für uns gesichert. Ich denke, wir werden eine Zusammenarbeit finden und das Einvernehmen mit den anderen Gemeinden herbeiführen.

Stadtrat Dr. Weihs: Ich bin sehr froh, dass der Hof dort sein soll und nicht im Grünland. Bei der Klausur wurde erwähnt, dass die Preisvorstellungen des Landes höher waren. Im Schriftverkehr, der im Fraktionsordner vorlag, war ein Grundstück des Landes erwähnt, doch wir haben es selbst nicht gefunden. Das Ergebnis wäre interessant gewesen.

Bürgermeister: Der m2-Preis lt. unserem Gutachten liegt bei € 6,-- bis € 10,--, beim Land bei € 24,--. Wir haben gesagt, dass wir uns das nicht leisten können. Es wurde ausverhandelt, dass die Aufschließungskosten und die Verlegung der Stromleitung noch abzurechnen sind. Somit sind wir letztendlich auf den Betrag von € 12,-- gekommen. Die Details sind aus der Planung zu ersehen.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Grundsätzlich ist das Grundstück geeignet. Müssen wir uns jetzt schon für den Bau entscheiden ohne die Aufschließungen zu wissen? Ist die Sache in der von uns gewünschten Form machbar?

Bürgermeister: Wir haben keine Grundstücksalternative. Zum Kreisverkehr: Hier wurden die Kosten von € 120.000,-- vom Land geschätzt. Wir müssen wirklich schnell handeln. Bürgermeister Ganisl hat heute festgehalten, er hätte auch noch andere Grundstücke, die aber nur noch für Nußdorf zur Verfügung stehen. Wir sind der Meinung, dass die Zusammenarbeit mit Nußdorf Sinn macht, weil es uns allen eine Kostenersparnis bringt. Es sind jetzt die Verträge vorzubereiten. Wenn es eine Dimension annimmt, die wir uns nicht leisten können, müssen wir uns ohnehin etwas anderes überlegen. Ich sollte – wie bereits gesagt – heute den Auftrag erhalten, dass die Vorbereitungen getroffen werden können. Die Kündigung von Bretz mit Ende 2008 liegt vor und die Zeit läuft uns davon. Wir haben keine Alternative.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den o. a. Kauf des Grundstückes 803/5 KG Weitwörth zur Errichtung eines Abfallentsorgungshofes zu beschließen. Das Personal soll weiterhin bei der Stadtgemeinde Oberndorf angestellt bleiben.**

**Offene Abstimmung (22 GV anwesend, GV Mayrhofer war nicht im Sitzungszimmer):
Wird einstimmig beschlossen.**

12. Änderung Abfuhrordnung

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Mit Schreiben vom 31.08.2007 erhielt die Stadtgemeinde vom Amt der Salzburger Landesregierung, Fachabteilung 16 – Referat Abfallwirtschaft und Umweltrecht, die Mitteilung, dass eine Anpassung der Abfuhrordnung notwendig ist. Insbesondere geht es bei dieser Anpassung darum, dass weiterreichende Bestimmungen über die Vorschreibung an Wohnungseigentümergeinschaften in die Abfuhrordnung übernommen werden sollen. Diese Bestimmungen finden sich sowohl im Wohnungseigentumsgesetz 2002, BGBl Nr. 70/2002, als auch im Salzburger Abfallwirtschaftsgesetz 1998.

Grund für diese Maßnahme ist ein Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes, dass eine Vorschreibung von Abfallgebühren an Wohnungseigentümergeinschaften nicht möglich ist, wenn in der entsprechenden Abfuhrordnung die Wohnungseigentümerschaft als Gebührenschuldner nicht ausdrücklich erwähnt ist. Bisher galt die Annahme, dass die in oben zitierten Gesetzen verankerten Bestimmungen auch ohne in der Abfuhrordnung eigens erwähnt zu sein Anwendung finden.

Die Neuerlassung des Bundesabfallwirtschaftsgesetzes im Jahr 2002 macht es weiters notwendig, alle Verweise in der Abfuhrordnung auf dieses Gesetz entsprechend anzupassen. Weiters ist im Jahr 2005 die Elektroaltgeräteverordnung erlassen worden, die ebenfalls Anlass gibt, entsprechende Bestimmungen für die Sammlung dieser Geräte in die Abfuhrordnung aufzunehmen. Die neu eingefügten Bestimmungen machen eine Neuordnung der Nummerierung einzelner Paragraphen notwendig. Da die Abfuhrordnung vor der Euro-Einführung erlassen wurde, sind auch alle Angaben in Schilling auf EURO umzustellen.

Alle Änderungen sind im vorliegenden Verordnungstext eingearbeitet und gelb hinterlegt kenntlich gemacht. Die Änderungen sollten am 01.01.2008 in Kraft gesetzt werden.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Änderungen der Abfallordnung mit Wirkung vom 01.01.2008 zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (22 GV anwesend, GV Mayrhofer war nicht im Sitzungszimmer):
Wird einstimmig beschlossen.**

13. Änderung Vertrag Altglassammlung

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Sachlage: Mit Schreiben vom 27. September 2007 liegt eine Mitteilung der Austria-Glas-Recycling (AGR) über eine Anpassung der bestehenden Verträge vor. Durch den Salzburger Gemeindeverband wurde mit Schreiben vom 19. Oktober 2007 mitgeteilt, dass der Inhalt des Vertrages mit dem Verhandlungsergebnis übereinstimmt.

Durch die Vertragsanpassung wird das Entgelt für Normeinwohner (NEW) ab 01.01.2008 von € 0,9497 auf € 0,9780 erhöht. Die Normeinwohner werden von bisher 5.439 auf 5.568 erhöht. Das bisherige Entgelt pro Jahr (netto) von bisher € 5.165,42 erhöht sich auf € 5.445,50 (+5,4%). Die Pauschalentgelte werden bis zum 4. Quartal 2010 fixiert.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Vertragsmodifikation zur Altglassammlung zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (22 GV anwesend, GV Mayrhofer war nicht im Sitzungszimmer):
Wird einstimmig beschlossen.**

14. Tauschvertrag Stadtgemeinde Oberndorf – Maria Kunesch

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Die Stadtgemeinde Oberndorf und Frau Maria Kunesch sind je zur Hälfte im Besitz der Liegenschaft Karl-Billerhart-Straße 22 (altes Safehaus). Frau Kunesch ist an die Stadtgemeinde betreffend Ankauf ihrer Hälfte an dieser Liegenschaft herangetreten. Weiters äußerte Frau Kunesch den Wunsch, eine im Besitz der Stadtgemeinde Oberndorf befindliche Kleinwohnung als Ausgleich anzukaufen. Die Verkehrsschätzungen durch einen staatlich befugten und beeideten Ziviltechniker haben folgende Werte ergeben:

Wohnhaus Karl-Billerhart-Straße 22: Materieller Anteil Frau Kunesch € 20.720,--

Wohnung Salzburger Straße 10/12, Eigentum d. Stadtgemeinde Oberndorf: Wert € 42.500,--

Mit Frau Kunesch wurde ein Tauschvertrag dahingehend vorbereitet, dass nach Gegenverrechnung des materiellen Anteiles Karl-Billerhart-Straße 22 und dem Wert der Eigentumswohnung durch Frau Kunesch an die Stadtgemeinde Oberndorf eine Aufzahlung in der Höhe von € 21.780,- zu bezahlen ist. Die Stadtgemeinde Oberndorf übernimmt die Vertragskosten sowie die mit diesem Vertrag verbundenen Gebühren und die Kosten der grundbücherlichen Durchführung.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den vorliegenden Tauschvertrag mit Frau Maria Kunesch (Entwurf von Notar Mag. Eckschlager) zu beschließen.**

Offene Abstimmung (20 GV anwesend, die Gemeindevertreter Mayrhofer, Feichtner und Stahl waren nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.

15. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG – Aufträge, Anschaffungen

Vergabevorschlag des Bauamtes zum Abschluss der Wartungsverträge betreffend die Heizungsregelung für die Objekte

Volksschule und **Hauptschule** an die **Fa. Siemens**, 5021 Salzburg, mit einem Pauschalpreis von zusammen netto **1.284,--**.

Die Verträge werden durch die Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KEG abgeschlossen.

GV Tutschka: Der Vertrag beinhaltet nur, dass im Jahr zweimal jemand zur Kontrolle kommt, doch wenn die Heizungsregelung defekt ist, das ist nicht beinhaltet. Daher halte die diese Summe für etwas teuer. Siemens ist Marktführer und tut sich mit den Preisen leicht.

Bürgermeister: Die Wartung wurde ausgeschrieben; ich denke, wir können uns hier nicht helfen.

Stadtrat Ing. Bruckmoser: Nur Siemens war technisch in der Lage, dies durchzuführen. Herr Mayr von Siemens kommt aus der Nachbargemeinde – die Sache läuft sehr kollegial.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Abschluss der Wartungsverträge für die Volks- und Hauptschule gemäß dem vorstehenden Vergabevorschlag zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend, GV Ing. Schweiberer war nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.

16. Teilabänderung Flächenwidmungsplan Bereich „Südliches Haidenöster 2 (Maier/Tonis)“

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Grundlagen:

Durch die Grundeigentümer ist die Verbauung gegenständlicher Flächen in den nächsten Jahren beabsichtigt. Gemäß § 23 ROG 1998 kann der Flächenwidmungsplan geändert werden, wenn die Änderung dem Räumlichen Entwicklungskonzept der Gemeinde entspricht, insbesondere zur Anpassung des ausgewiesenen Baulandes an den im Sinne des §17 Abs. 12 erster Satz voraussichtlich bestehenden Bedarfes.

Für das Verfahren zur Änderung des Flächenwidmungsplanes gelten die Bestimmungen der §§ 21 und 22 sinngemäß.

Verfahrensschritte:

Kundmachung der Absicht zur Aufstellung eines FWP an der Amtstafel:	02.10.2007 bis 02.11.2007
Kundmachung der Absicht in der Landeszeitung:	02.10.2007
Öffentlichkeitsarbeit (Mitteilung an die Haushalte)	19.09.2007
Mitteilung an die Haushalte:	19.09.2007
Mitteilung an die Nachbargemeinden:	10.09.2007
Schriftliche Anregungen eingegangen:	Nein
Vorabstimmungnahme des AdSLR:	Nicht erforderlich
Entwurf fertiggestellt:	11.11.2007
Auflage des Entwurfes per Kundmachung:	12.11.2007 bis 10.12.2007
Veröffentlichung der Auflage in der Landeszeitung:	Nicht erforderlich
Kundmachung an die Nachbargemeinden	Nicht erforderlich
Entwurf an den Regionalverband	12.11.2007
Einwendungen eingegangen:	Keine

Gutachten:

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Einwendungen wurden keine erhoben. Für Parz. 23/1 konnte durch die Grundeigentümerin (Tonis) die Möglichkeit der Verkehrserschließung nicht nachgewiesen werden. Gegenständliche Fläche kann daher derzeit nicht in Bauland umgewidmet werden.

Es wird daher der Gemeindevertretung empfohlen die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes für den Bereich "Südliches Haidenöster 2" nur für die Restfläche der Parz. 21 (Maier) zu beschließen.

Der Bürgermeister ergänzt, dass er mit dem anwesenden Bruder der Grundstückseigentümerin, Herrn Rehrl, ein Gespräch geführt hat und dieser Bescheid weiß. Es wird mit Herrn Maier noch ein Gespräch geben, der Preis war zu hoch. Die Gemeindevertretung ist derzeit nicht in der Lage, einen anderen Beschluss als den vorgeschlagenen zu fassen.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes für den Bereich "Südliches Haidenöster 2" nur für die Restfläche der Parz. 21 (Maier) zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend, GV Ing. Schweiberer war nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.

17. Teilabänderung Flächenwidmungsplan Bereich Salzburger Straße – Gastag (Mairoll)

Folgender Amtsbericht liegt vor:

Grundlagen:

Gemäß § 23 ROG 1998 kann der Flächenwidmungsplan geändert werden, wenn die Änderung dem Räumlichen Entwicklungskonzept der Gemeinde entspricht, insbesondere zur Anpassung des ausgewiesenen Baulandes an den im Sinne des §17 Abs. 12 erster Satz voraussichtlich bestehenden Bedarfes. Für das vereinfachte Verfahren zur Änderung des Flächenwidmungsplanes gelten die Bestimmungen des § 23 Abs. 4.

Verfahrensschritte:

Kundmachung der Absicht zur Aufstellung eines FWP an der Amtstafel:	Nicht erforderlich
Kundmachung der Absicht in der Landeszeitung:	Nicht erforderlich
Öffentlichkeitsarbeit (Mitteilung an die Haushalte)	18.10.2007
Mitteilung an die Haushalte:	Nicht erforderlich
Mitteilung an die Nachbargemeinden:	Nicht erforderlich
Schriftliche Anregungen eingegangen:	19.11.2007
Vorabstellnahme des AdSLR:	Nicht erforderlich
Entwurf fertiggestellt:	04.11.2007
Auflage des Entwurfes per Kundmachung:	05.11.2007 bis 04.12.2007
Veröffentlichung der Auflage in der Landeszeitung:	Nicht erforderlich
Kundmachung an die Nachbargemeinden	Nicht erforderlich
Entwurf an den Regionalverband	05.11.2007
Einwendungen eingegangen:	nein

Gutachten:

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt.

Mit Schreiben vom 16.11.2007 wurden durch die Anrainer Bedenken dahingehend eingebracht, dass nach der Umwidmung in Bauland anstelle des geplanten Wohnhauses eine Erweiterung des Parkplatzes durchgeführt werden könnte.

In der Stellungnahme der Raumplanerin, DI Brandl, zu diesen Bedenken wird auf die erforderliche Nutzungserklärung und die Möglichkeit einer Vereinbarung zwischen Gemeinde und Grundeigentümer hingewiesen. Die Nutzungserklärung liegt vor und wurde am 29.11.2007 eine Vereinbarung abgeschlossen, welche festlegt, dass sich die Grundeigentümer verpflichten auf der neu auszuweisenden Baulandfläche keine Parkplätze zu errichten, sondern diese wie in der Nutzungserklärung bestätigt zu bebauen. Ausgenommen davon sind die für eine Wohnbebauung üblichen und erforderlichen Pkw-Abstellplätze.

Es kann daher der Gemeindevertretung empfohlen werden, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes für den Bereich "Salzburger Straße - Gastag (Mairoll)" zu beschließen.

Stadtrat Dr. Weihs (an den Bürgermeister gerichtet): Im Rahmen der Busparkplatz-Diskussion hast du erwähnt, dass du nicht weißt, wie lange der Parkplatz von Herrn Mairoll zur Verfügung steht, da es keine schriftliche Vereinbarung gibt. Ist das nicht im Rahmen dieser Umwidmung möglich?

Bürgermeister: Ich verstehe das nicht so, dass diese Flächenwidmungsplan-Teilabänderung von einer Bewilligung zum Parken abhängig gemacht wird. Herr Mairoll ist zu diesbezüglichen Gesprächen bereit. Doch dies bedarf auch einiger Maßnahmen, die mit finanziellen

Aufwendungen verbunden sind. Wir müssen uns das noch ansehen; es gibt auch andere Möglichkeiten, die nicht im Bereich der Alten Landstraße liegen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes für den Bereich "Salzburger Straße - Gastag (Mairoll)" zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

18. Aufträge, Anschaffungen

18.1. Wartungsverträge Heizungsregelung Kindergarten III und SPZ

Lt. Vergabevorschlag des Bauamtes sollen die Wartungsverträge für die Heizungsregelung des Kindergarten III und des SPZ an die Firma Siemens, Salzburg, zu einem Pauschalpreis von zusammen € 1.501,-- netto vergeben werden.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag auf Abstimmung**.

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Die Vergabe an die Firma Siemens zum Preis von € 1.501,-- netto wird einstimmig beschlossen.

18.2. Planungsarbeiten Ziegeleistraße Bauteil 2008

Die Planung für o. a. Bauteil mit Kosten in der Höhe von brutto € 14.500,-- (abzügl. GAF-Förderung in der Höhe von € 5.600,--) soll an das Ingenieurbüro Dipl.-Ing. Stephan Kettl vergeben werden (auf Basis der derzeit geschätzten Grobkosten für o. a. Bauabschnitt in der Höhe von brutto € 146.000,--).

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, o. a. Planungsarbeiten an das Ingenieurbüro Dipl.-Ing. Stephan Kettl zu vergeben**.

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

19. Subventionen

19.1. Subvention Trägervereine – 2. Teilbetrag

Nach Prüfung durch den Vorsitzenden des Jugend- und Sportausschusses GV Georg Mayrhofer und den 2. Vizebgm. Otto Feichtner wird die Auszahlung des zweiten Teilbetrages für folgende Vereine in nachstehender Höhe vorgeschlagen:

Turnverein: € 1.800,-
Schiclub: € 1.950,-
OSK: € 4.600,-
Tae Kwon Do: € 1.100,-
Tischtennis: € 700,-

19.2. Veranstaltungen 2008

Folgende Veranstaltungen und Aktionen im Jahr 2008 wären durch die Gemeindevertretung zu beschließen:

Fahrkartenaktion Lokalbahn (Semesterferien, Osterferien, Sommerferien, Weihnachtsferien)
Fahrkartenaktion Lokalbahn Autofreier Tag (September)
Schikurs Schiclub Oberndorf
Gemeinsame Ferienaktion mit der Stadt Laufen
Sports 4 Fun
Straßentheater

19.3. Baukostenzuschuss Einbau Solaranlage

Es liegt ein Ansuchen von Doris und Martin Bruckmoser, Aglassinger Straße 6, vor. Der Gemeindeanteil beträgt gem. unseren Förderrichtlinien einen Betrag von € 210,--.

19.4. Haussammlung der Salzburger Landeshilfe

Analog 2007 sollen € 370,-- überwiesen werden.

19.5. ARGE Bewegungserziehung und Sport

Antrag auf Kostenzuschuss von € 0,20 pro Schüler für das laufende Schuljahr.

Seitens des Amtes wird auf Grund der umfangreichen Sportförderung und der Unterstützung des Schulsportvereines eine Ablehnung des Antrages vorgeschlagen.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, die Subventionen 19.1. bis 19.4. zu gewähren und den Antrag 19.5. abzulehnen.

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

19.6. Projekt „Spielwiese/Gartenglück“

Der Bürgermeister erläutert das Projekt der beiden Künstler Barbara Reisinger und Gerold Tusch, welches sie in Kooperation mit Ulrike Guggenberger in diesem Sommer in Oberndorf durchführen möchten. Es wird ein sonniges Grundstück in der Größe zwischen 300 und 700 m², im Idealfall in der Nähe dichter Wohnbebauung, gesucht, das kostenlos für das Projekt „Spielwiese/Gartenglück“ zur Verfügung gestellt wird. Das Bebauen eines Gartens soll – wie es in der Präsentationsunterlage heißt – zeigen, „dass Menschen mit einem Stück Land ihr eigenes kleines, überschaubares Glück verwirklichen können und dass das Bebauen eines Gartens, auch auf wenigen m², eine überaus befriedigende Tätigkeit sein kann“.

Es wird vorgeschlagen, dass dieselbe Unterstützung wie beim Vorjahresprojekt gewährt wird, sprich die Bauhof- und Materialleistungen in der Höhe von insgesamt ca. € 1.200,--, der Rest muss in Eigenregie erfolgen, sollen übernommen werden.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, diese Vorgangsweise zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

20. Unter-Schutz-Stellung „Stille Nacht“ (nachträglich aufgenommen)

Wie bereits eingangs der Sitzung unter TOP 1. erwähnt, soll in die neuen Satzungen der Stille-Nacht-Gesellschaft die Postadresse „Stille-Nacht-Platz 7“ aufgenommen werden. Altbürgermeister Kinzl hat mitgeteilt, dass Herr Wasner mit www.stillenacht.at sein Friedensprojekt, für welches er viele Sponsoren hat, verlinken möchte, um es besser vermarkten zu können. Ich habe ihm dazu gesagt, dass ich mir meine Zustimmung als Bürgermeister nicht vorstellen kann, schon gar nicht, ohne vorher mit der Gemeindevertretung gesprochen zu haben, denn für mich ist das Projekt nicht schlüssig und auch nicht fundiert. Wasner hat um einen Termin angerufen, um das Projekt vorzustellen. Ein Mitglied der Stille-Nacht-Gesellschaft hat mich informiert, dass einigen Personen der Gesellschaft das Projekt bereits vorgestellt wurde. Es beinhaltet u. a. die alleinigen Rechte für den 24. Dezember und alles sollte im Stille-Nacht-Bezirk ablaufen.

Ich bin erstaunt über die zustimmende Haltung der Stille-Nacht-Gesellschaft, ohne die Stadtgemeinde Oberndorf vorher zu fragen, die alleinige Besitzerin des Bezirkes ist. Solange es keine Klärung gibt, möchte ich nicht haben, dass die Postadresse „Stille-Nacht-Platz 7“ verwendet wird. Ich möchte erst wissen, wie das Projekt tatsächlich aussieht.

Wasner war zwischenzeitlich zwar hier und hat mir mitgeteilt, er möchte eine Stiftung gründen, wo angeblich Geld in der Höhe von 1 Mio. Euro fließen soll, und er möchte dies in Zusammenarbeit mit der Stadt machen. Ich habe ihn nach der Bonität des Finanziers gefragt und wollte Details über den Gesellschaftsvertrag und das konkrete Konzept wissen. Wasner will durch Rechtsanwälte seine Finanziers mitteilen lassen. Solange das Thema „Wasner“ und die Geschichte mit der Homepage nicht geklärt ist, möchte ich die Zustimmung zur Führung der Postadresse „Stille-Nacht-Platz 7“ nicht vergeben.

1999 hat die Gemeindevertretung beschlossen, die Bild- und Wortbildmarke beim Patentamt zu schützen, doch wir haben nachsehen lassen und es ist nichts passiert. Es wird daher vorgeschlagen, dass die Stadtgemeinde Oberndorf sich eine Wortbildmarke eintragen lässt, damit wir nicht eines Tages keine Rechte mehr besitzen. Ich brauche den Beschluss der Gemeindevertretung zur Einreichung beim Patentamt.

Wir waren auch mit dem Gestaltungsbeirat im Stille-Nacht-Bezirk. Es wird ein Konzept erarbeitet, was dort baulich Sinn macht und was an Werbung angebracht werden darf. Der Bezirk als solcher sollte unter Schutz gestellt werden und heute sollten wir einen Baustopp und einen Werbestopp erlassen.

GV Ing. Schweiberer: Die Stille-Nacht-Gesellschaft hat früher immer ihre Post an diese Adresse bekommen. Ich bin grundsätzlich dagegen, dass irgend jemand irgendwelche Rechte bekommt für diesen Bezirk. Ich verstehe nicht, was die Stille-Nacht-Gesellschaft da macht. Ich bin prinzipiell dagegen, Rechte zu vergeben.

Bürgermeister Schröder fügt ein, dass er leider bei der Sitzung der Stille-Nacht-Gesellschaft nicht dabei war.

GV Ing. Schweiberer: Seines Wissens nach war das Projekt von Herrn Wasner ursprünglich nicht mehr in Oberndorf sondern in Salzburg geplant. Worum es bei dem Projekt eigentlich geht, was der Sinn dahinter ist und wer daran verdienen soll, habe ich nicht herausgefunden.

Ich habe damals in meiner Funktion als Obmann des Tourismusverbandes eine Bildmarke entwerfen lassen, doch eine Wortbildmarke schützt überhaupt nichts. Die Marke gehört uns, aber jeder kann eine Marke geringfügig verändern und hat seine Wortbildmarke. Es ist beinahe alles schon geschützt und man kann fast nichts mehr schützen lassen. Wir sind seit vielen Jahren im Hintertreffen. Man müsste irgend einen anderen Schutz finden, doch eine

Wortbildmarke hat keinen Sinn, man kann nur die Marke selber schützen. Damals war das zumindest so.

Bürgermeister: Aufgrund der Komplexität würde ich gerne Rechtsanwalt Dr. Ramsauer beauftragen für Oberndorf zu eruieren, ob eine Unter-Schutz-Stellung Sinn macht und diese allenfalls einzureichen.

Wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Bürgermeister Schröder stellt den **Antrag, über folgende Punkte abzustimmen:**

- 1. Nicht-Zur-Verfügung-Stellung der Adresse „Stille-Nacht-Bezirk 7“ und der Verlinkung zur Homepage solange wir nicht wissen, wie das Projekt aussieht bzw. weil es einen Link zu einem Privaten nicht geben kann.**
- 2. Prüfung, wie es mit der Stille-Nacht-Bildmarke aussieht.**
- 3. Der Gestaltungsbeirat soll im Frühjahr bzw. aufgrund der vorliegenden Pläne etc. sich über die Entwicklung des Bezirkes Gedanken machen und ein Gesamtkonzept in Zusammenarbeit mit dem Tourismusverband erarbeiten.**
- 4. Bau- und Werbestopp im bzw. rund um den Stille-Nacht-Bezirk für zukünftige Projekte.**

Bis zum Vorliegen des Konzeptes soll dies als Grundsatzbeschluss gelten.

Stadtrat Dr. Weihs ersucht, die Antwort von Dr. Ramsauer im Kulturausschuss behandeln zu lassen und dem Kulturausschuss Vorinformationen aus den vergangenen Jahren, die die Mitglieder nicht kennen, zu geben.

Bürgermeister: In der Gemeindevertretungssitzung im Jänner oder Februar wird diese Sache Thema sein.

Der Bürgermeister ersucht GV Ing. Schweiberer, an den Gesprächen mit dem Rechtsanwalt aufgrund seines Vorwissens teilzunehmen.

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Die vorstehende, vom Bürgermeister beantragte Vorgangsweise wird einstimmig zum Grundsatzbeschluss erhoben.

21. Allfälliges

GV Meindl regt die Veröffentlichung der Trinkwasseranalyse zur Information der Bürger in der Gemeindezeitung an.

GV Mayrhofer zur Schutzwegbeleuchtung: Bei den Sichtverhältnissen zu dieser Jahreszeit ist das sehr wichtig und es sollte eine ehest mögliche Erledigung erfolgen.

Bürgermeister: Im Voranschlag 2008 sind nur geringe Mittel für diese Maßnahmen vorgesehen. Ing. Pöschl ist mit der Erstellung eines Konzeptes bezüglich der Kosten und wo eine Beleuchtung hinkommen soll beauftragt. Es muss dann eine Prioritätenreihung geben. Der Bauausschuss muss sich damit befassen, welche Maßnahmen in der nächsten Zeit gesetzt werden sollen. Es ist jedoch vor allem eine finanzielle Frage.

GV Mayrhofer würde die Priorität nach der Sicherheit reihen.

Bürgermeister: Man wird sich das ansehen, man muss halt dann andere Maßnahmen streichen. Ich bitte um einen Vorschlag, welche.

GV Mayrhofer zur Beleuchtung am Salzachdamm: Es hat geheißen, es gibt eine adäquate Beleuchtung mit den Geschichtstafeln.

Bürgermeister: Der Elektriker war mit der Erstellung eines Lichtkonzeptes beauftragt. Ein Kabel wurde bereits verlegt, die Vorarbeit ist geleistet. Die Umsetzung wird nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel erfolgen. Die Beleuchtung der Kalvarienberg-Stiege ist neu und ausreichend. Wenn Ihr eine Prioritätenliste haben wollt, dann müsst Ihr eine vorlegen bzw. Vorschläge unterbreiten, welche Maßnahmen zu streichen sind. Es kann nur alles nach Maßgabe der Möglichkeiten erfolgen. Es ist auch Aufgabe der Gemeindevertretung, darüber nachzudenken und nicht nur des Bürgermeisters.

GV Mayrhofer schlägt eine Beschilderung vom Mairoll-Parkplatz Richtung Stille-Nacht-Kapelle vor, denn der Weg durch die Karl-Billerhart-Straße wird nicht gefunden, alle gehen entlang der Salzburger Straße auf dem schmalen Gehsteig.

Bürgermeister: Der Tourismusverband hat einen Bescheid und ist für die Beschilderung zuständig. Es ist nicht alles Aufgabe der Stadtgemeinde.

GV Mayrhofer hält fest, dass der Tourismusverband vielleicht überfordert sei.

Bürgermeister ergänzt, dass die Stadt sehr viel für den Tourismusverband macht, was man nicht sieht.

2. Vizebgm. Feichtner: Es verhält sich 50 : 50, wie die Leute dort gehen. Es gab eine Tafel, die durch Vandalen heruntergerissen wurde. In der Zukunft können wir vielleicht eine ganz andere Lösung finden, doch da müssen wir noch etwas warten. Wir hoffen, dass die Mittel wieder so fließen werden, dass wir außertourliche Sachen in Angriff nehmen können.

Bürgermeister: Letztes Jahr wurde hinsichtlich der Wegbeschilderung alles durchgegangen, wir haben den Tourismusverband unterstützt, er muss das eben auch durchführen. Wir haben heute beschlossen, dass wir das alte Safe-Haus kaufen. Hier kann eine Platzgestaltung erfolgen, der Besucherstrom kann gelenkt werden, um einen besseren Gehweg zum Stille-Nacht-Bezirk zu erhalten. Ich habe dem Tourismusverband oftmals schon gesagt, die Karl-Billerhart-Straße einladend zu beleuchten – doch das ist Aufgabe des Verbandes.

GV Ing. Schweiberer: Da sind Reiseführer dabei, die bereits Jahre nach Oberndorf kommen, doch die suchen immer wieder den kürzesten Weg. Man müsste einen Anreiz schaffen, damit die Leute einen Umweg machen, sonst wird grundsätzlich der kürzeste Weg genommen.

Stadtrat Innerkofler: Vielleicht kann man das Thema, die Besucherströme besser zu lenken, im Frühjahr diskutieren.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Es ist grundsätzlich Teil unserer Aufgabe, mit offenen Augen durch den Ort zu gehen und auch in der Gemeindevertretung Anregungen einzubringen. Ob der Tourismusverband nun dafür verantwortlich ist oder nicht – jedenfalls gehen Karawanen von Besuchern den schmalen Gehsteig hinunter, und ich möchte keinen schweren Unfall. Ich halte die Anregung in diesem Rahmen hier für legitim und denke, es ist auch ein Anliegen der Gemeinde und nicht nur des Tourismusverbandes.

Bürgermeister: Ich habe Vizebgm. Dr. Weiß über die Ausarbeitung des Konzeptes informiert, sowohl über die Beleuchtung der Gehstrecke als auch über die Besucherströme-Lenkung. Ich weiß nur nicht, wie das zu finanzieren ist und ersuche um einen Bedeckungsvorschlag.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Gibt es bei der Ausfahrt gegenüber von Pilshofer in der Salzburger Straße die Möglichkeit eines Verkehrsspiegels?

Bürgermeister: Es hat zwei Gespräche mit dem Amtsleiter und der Polizei gegeben. Ich habe eine Bewohnerin angesprochen, warum sie sich nicht wegen des Verkehrsspiegels meldet. Dieser würde auf einem Privatgrund stehen und dafür ist nicht die Stadtgemeinde zuständig. Die Anrainer müssen den Spiegel selber kaufen und es ist nicht einfach, von der Behörde einen Spiegel bewilligt zu bekommen. Hier sind die Anrainer säumig, wir haben die Verhandlungen schon geführt.

2. Vizebgm. Feichtner dankt den Mitarbeitern des Amtes für die Zusammenarbeit im Jahr 2007.

Bürgermeister Schröder schließt sich diesem Dank an, der für das Budget im Besonderen Wolfgang Tajkovsky gilt, und gratuliert ihm zum 60. Geburtstag.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Bürgermeister die Sitzung um 21.45 Uhr.

Die Schriftführerin:

gez. Gabriele Niederstrasser eh.

Der Vorsitzende:

gez. Bürgermeister Peter Schröder eh.

Beschlussfassungsprotokoll

GV v. 12.12.07

TOP	Beschluss	erledigt am	erledigt von
1.	nachträgliche Aufnahme „Unter-Schutz-Stellung Stille Nacht“ als TOP 20.		
2.	Protokoll vom 26.09.2007		
4.	Jahresvoranschlag 2008		
5.	Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG – Jahresvoranschlag 2008		
6.	Haushaltsbeschluss 2008 mit Sonder- u. Pflegegebühren		
7. a)	Stellenplan Allgemein		
7. b)	Stellenplan Seniorenwohnhäuser		
7. c)	Stellenplan Krankenhaus		
8.	Mittelfristiger Finanzplan		
9.	Nebengebühren- u. Zulagenkatalog		
10.	Krankenhaus – Verlängerung Betriebsvereinbarung Spitalsärzte		
11.	Abfallentsorgungshof		
	a) Vergabe Transport- u. Entsorgungsleistungen		
	b) Grundankauf Abfallentsorgungshof neu		
12.	Änderung Abfuhrordnung		
13.	Änderung Vertrag Altglassammlung		
14.	Tauschvertrag Stadtgemeinde Oberndorf – Maria Kunesch		
15.	Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG – Aufträge, Anschaffungen		
16.	Teilabänderung Flächenwidmungsplan Südliches Haidenöster 2 (Maier/Tonis)		
17.	Teilabänderung Flächenwidmungsplan Salzburger Str./Gastag (Mairoll)		
18.1. –	Aufträge, Anschaffungen		
18.2.			
19.1. –	Subventionen (davon 19.5. Ablehnung)		
19.6.			
20.	Unter-Schutz-Stellung „Stille Nacht“ - Grundsatzbeschluss über weitere Vorgangsweise		